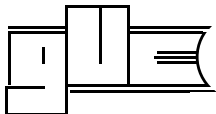


Sven Schroth

Strafrechtlicher Rechtsgüterschutz bei der Einfuhr sicherheitsbedenklicher Produkte via Internet

Unter besonderer Berücksichtigung der
strafrechtlichen Verantwortlichkeit von
Betreibern elektronischer Marktplätze



GUC - Verlag der Gesellschaft für
Unternehmensrechnung und Controlling m.b.H.
Chemnitz 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Ludwig Gramlich (Reihenherausgeber der Chemnitzer Schriften zum Wirtschaftsrecht)**Schroth, Sven:**

Strafrechtlicher Rechtsgüterschutz bei der Einfuhr sicherheitsbedenklicher Produkte via Internet - Unter besonderer Berücksichtigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Betreibern elektronischer Marktplätze / Sven Schroth - Chemnitz · Löbnitz: Verlag der GUC, 2018

(Dissertationsreihe; 74)

Zugl.: Chemnitz, Technische Universität, Diss., 2018

© 2018 by Verlag der GUC - Gesellschaft für Unternehmensrechnung und Controlling m.b.H.
GUC m.b.H. · Chemnitz · Löbnitz
<http://www.guc-verlag.de>

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist - wenn sie ohne Zustimmung des Verlages erfolgt - unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, Dresden
Gedruckt auf säurefreiem Papier - alterungsbeständig

Printed in Germany
ISBN 978-3-86367-058-0

Vorwort

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Chemnitz als juristische Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Tätigkeit bei den Staatsanwaltschaften in Chemnitz und Gera.

Mein besonderer Dank gilt meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Dagmar Gesmann-Nuissl, für ihre engagierte Unterstützung und die konstruktive Kritik sowie ihre hilfreichen Anregungen bei der Erstellung dieser Arbeit. Sie hat das Thema an mich herangetragen, mir neue Perspektiven eröffnet und mir geholfen, mich immer wieder neu auszurichten. Dies hat maßgeblich zum Erfolg der Arbeit beigetragen.

Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bin ich Herrn Prof. Dr. Ludwig Gramlich sehr zu Dank verpflichtet, der sich trotz seines wohlverdienten Ruhestands ohne zu zögern bereiterklärt hat, als Gutachter zu fungieren.

Ganz herzlich danken möchte ich ferner Herrn Dr. Andreas Gork, ohne den es diese Arbeit nicht geben würde, wären wir uns im Dezember 2015 an der Deutschen Richterakademie in Wustrau nicht zufällig begegnet. Er vermittelte mir nicht nur den Kontakt zu meiner Doktormutter, sondern stand mir mit seinem geschätzten Rat für alle Fragen rund um die Dissertation stets Rede und Antwort.

Gewidmet ist diese Arbeit den Menschen, die mir durch ihre Unterstützung die Fertigstellung erst ermöglicht haben und immer für mich da sind und waren. Zu tiefem Dank bin ich meiner Frau Anna-Katharina verpflichtet, die mir nicht nur den Rücken freigehalten und die nötige Kraft gegeben und überdies auch das Lektorat übernommen hat, sondern die mir im Laufe der Dissertationszeit auch eine liebevolle Tochter geschenkt hat. Danken möchte ich schließlich meinen Eltern für die Finanzierung meines Studiums und die Unterstützung in jeder Lebenslage.

Gera, im August 2018

Sven Schroth

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
B. Untersuchungsgegenstand	5
I. Problemstellung.....	6
II. Produktdelinquenz	7
1. Produktdelinquenz als Kriminalitätsform.....	7
2. Ursachen.....	9
3. Konkrete Produktrisiken.....	10
III. Produktdelinquenz im Onlinehandel.....	12
1. Die Bedeutung des Internet für die Produktdelinquenz	12
2. Einfluss des Internets auf die Gesellschaft und das Recht	14
3. Internetkriminalität	14
4. Die Rolle der Intermediäre als neutrale Wirtschaftsakteure	16
a) Die Relevanz von Intermediären im Onlinehandel.....	16
b) Plattformen und Vertriebsmodelle im Internet	18
c) Problematik des Zugriffs auf neutrale Wirtschaftsakteure	20
d) Problematik des Direktversands.....	21
e) Missbrauch der Plattformen.....	22
5. Dunkelfeld	23
6. Organisierte Kriminalität	24
IV. Problembewusstsein des Gesetzgebers	26
C. Betrachtete Produktgruppen	29
I. Produkte nach dem ProdSG	29
1. Sachlicher Anwendungsbereich	29
2. Handlungsspezifischer Anwendungsbereich.....	30
II. Arzneimittel	32
1. Sachlicher Anwendungsbereich	32
2. Handlungsspezifischer Anwendungsbereich.....	34
III. Lebens- und Futtermittel.....	35
1. Sachlicher Anwendungsbereich	35
2. Handlungsspezifischer Anwendungsbereich.....	37
IV. Medizinprodukte	37
1. Sachlicher Anwendungsbereich	37
2. Handlungsspezifischer Anwendungsbereich.....	38

V.	REACH-Produkte	38
1.	Sachlicher Anwendungsbereich	38
2.	Handlungsspezifischer Anwendungsbereich	39
D.	Rechtsgüterschutz bei der Einfuhr sicherheitsbedenklicher Produkte via Internet	41
I.	Vorbemerkung	41
II.	Betroffene Rechtsgüter	42
III.	Rechtsgüterschutz durch öffentlich-rechtliches Produktsicherheitsrecht	43
1.	Grundstrukturen der Marktüberwachung	44
a)	Rechtliche Grundlagen	44
b)	Europäische Dimension	46
c)	Aufgabenspektrum der Marktüberwachung	46
2.	Effizienter Binnenmarkt versus effektiver Rechtsgüterschutz	47
3.	Marktüberwachungsbehörden	49
a)	Überwachungsbehörden für Verbraucherprodukte	49
b)	Überwachungsbehörden für Arzneimittel und Medizinprodukte	49
c)	Überwachungsbehörden für Lebensmittel	50
4.	Abgrenzung der Aufgaben von Zoll und Polizei	50
5.	Marktüberwachung im Internet	52
a)	Verbraucherprodukte	52
b)	Arzneimittel und Medizinprodukte	52
c)	Lebens- und Futtermittel	53
d)	Chemikalien	53
e)	Fazit	54
6.	Eingriffsgrundlagen	54
a)	ProdSG	54
b)	AMG	55
c)	LFGB	55
d)	MPG	56
e)	Betretens-, Besichtigungs-, Auskunfts- und Prüfrechte	56
f)	Information der Öffentlichkeit	57
7.	Anordnungsadressaten	57
8.	Schnellwarn- und Informationsaustauschsysteme	58
a)	RAPEX	58
b)	ICSMS	59

c)	EMSF	59
d)	RASFF	60
e)	DIMDI.....	60
9.	Amtshilfe	60
a)	Begriff der Amtshilfe	60
b)	Gegenseitige Amtshilfe im Binnenmarkt.....	61
c)	Nationale Amtshilfe.....	61
d)	Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen von Drittstaaten	62
IV.	Rechtsgüterschutz durch zivilrechtliche Produktverantwortung.....	62
1.	Produkthaftung im Zivilrecht.....	62
2.	Vertragliche Produkthaftung	63
3.	Deliktische Produkthaftung.....	64
a)	Haftung für Verkehrssicherungspflichtverletzung, § 823 Abs. 1 BGB	65
b)	Haftung für Schutzgesetzverletzung, § 823 Abs. 2 BGB	65
c)	Haftung für den Verrichtungsgehilfen § 831 BGB	66
4.	Gefährdungshaftung.....	66
a)	§ 1 Abs. 1 ProdHaftG	67
b)	§ 84 AMG	68
5.	Störerhaftung	68
6.	§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 261 Abs. 1, Abs. 5 StGB	70
V.	Rechtsgüterschutz durch strafrechtliche Produktverantwortung.....	70
1.	Das Konzept strafrechtlicher Produktverantwortung	70
2.	Terminologie.....	71
3.	Ziele des Gesetzgebers und des Richtliniengabers	72
4.	Verbraucherschutz durch Strafrecht	73
5.	Leading Cases	73
a)	Allgemeine Bedeutung der Produktverantwortung in Strafverfahren	73
b)	Contergan-Verfahren.....	74
c)	Lederspray-Entscheidung	75
d)	Holzschutzmittel-Entscheidung	76
e)	Weitere Fälle	76
6.	Dogmatische und verfassungsrechtliche Bewertung strafrechtlicher Produktverantwortung.....	77
a)	Das Strafrecht in der Risikogesellschaft	78

aa)	Begriff der Risikogesellschaft.....	78
bb)	Kennzeichen der Tatbestände des Risikostrafrechts	79
cc)	Die Rolle des Strafrechts in der Risikogesellschaft	80
	(1) Strafrecht als gesetzliches Instrument zum Rechtsgüterschutz	80
	(2) Forderung nach Rückzug des Strafrechts.....	80
	(3) Gegenstandspunkt.....	81
	(4) Kriminalpolitische Aspekte.....	82
	(5) Eigener Standpunkt.....	83
b)	Kritik zur strafrechtlichen Produktverantwortung.....	86
aa)	Dogmatische Probleme.....	86
	(1) Starrheit dogmatischer Grundstrukturen	86
	(2) Tätereigenschaft	87
	(3) Abgrenzung zwischen Tun und Unterlassen	88
	(4) Garantstellung.....	88
	(5) Kausalität.....	89
	(6) Subjektiver Tatbestand	91
bb)	Ineffizienz des Strafrechts.....	92
cc)	Bestimmtheitsgebot.....	93
dd)	Vorverlagerung der Strafbarkeit	94
ee)	Zwischenergebnis zu den dogmatischen Bedenken	94
c)	Verhältnis zwischen Erfolgs- und Handlungsunrecht	95
d)	Verfassungsrechtliche Legitimation der strafrechtlichen Produktverantwortung....	95
aa)	Legitimer Zweck	96
bb)	Geeignetheit.....	96
	(1) Grundsätzliche Eignung des Strafrechts zum Rechtsgüterschutz	96
	(2) Rechtsgüterschutz durch Prävention	97
	(3) Generalprävention bei Produktdelinquenz.....	99
cc)	Erforderlichkeit	100
	(1) Gesetzgeberisches Ermessen	101
	(2) Pönalisierungsgebot aufgrund staatlicher Schutzpflicht	101
	(3) Die „Ultima Ratio-Fassade“	103
	(a) Strafrecht und Ultima Ratio-Prinzip.....	103
	(b) Alternative Lösungsansätze.....	105
	(i) Zivilrechtliche Mittel des Rechtsgüterschutzes	105
	(ii) Verwaltungsrechtliche Mittel des Rechtsgüterschutzes	108

(iii)	Entschädigungsfonds beziehungsweise Pflichtversicherung	109
(iv)	Interventionsrecht.....	110
(v)	Weitere Aspekte.....	110
(c)	Fazit	111
dd)	Angemessenheit	112
ee)	Zwischenergebnis zur verfassungsrechtlichen Legitimation	114
e)	Bestimmtheitsgrundsatz.....	115
f)	Fazit	116
7.	Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs.....	117
a)	Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 AEUV.....	117
b)	Mengenmäßige (Einfuhr-)Beschränkungen	118
c)	Maßnahmen gleicher Wirkung.....	118
aa)	Strafrechtliche Normen	118
bb)	Gerichtsurteile.....	119
d)	Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	120
aa)	Geeignetheit.....	120
bb)	Erforderlichkeit.....	121
cc)	Angemessenheit	121
e)	Zwischenergebnis	122
8.	Kernstrafrecht.....	122
a)	Fehlen eines spezifischen Tatbestands strafrechtlicher Produktverantwortung.....	122
b)	Körperverletzungs- und Tötungsdelikte.....	123
aa)	Vorsatzdelikte.....	123
bb)	Fahrlässigkeitsdelikte	125
cc)	Erfolgsqualifizierte Delikte	125
c)	Gefährdungsdelikte	126
aa)	§ 314 StGB	126
(1)	Bedeutung der Vorschrift im Bereich der strafrechtlichen Produktverantwortung.....	126
(2)	Unrechtsgehalt	127
(3)	Tatbestandsstruktur	128
(a)	Tatbestandsalternative des § 314 Abs. 1 Nr. 2 StGB.....	128
(b)	Tatobjekt.....	128
(c)	Tathandlungen	129
(i)	§ 314 Abs. 1 Nr. 2, Alt. 1 StGB	129

(ii) § 314 Abs. 1 Nr. 2, Alt. 2 StGB.....	130
(d) Subjektiver Tatbestand.....	131
(e) Erfolgsqualifikation.....	131
(4) Strafrechtlicher Verbraucherschutz.....	132
(a) Auslegungsprobleme bezüglich der Tatbestandsmerkmale.....	132
(b) § 314 Abs. 1 Nr. 2, Alt. 1 StGB.....	132
(c) § 314 Abs. 1 Nr. 2, Alt. 2 StGB.....	133
(5) Bewertung.....	134
bb) § 330a StGB.....	134
d) Betrugsdelikte.....	135
e) § 261 Abs. 5 StGB.....	136
9. Nebenstrafrecht.....	136
a) Strafrechtliche Produktverantwortung im Nebenstrafrecht.....	136
b) ProdSG.....	137
aa) § 39 ProdSG.....	138
bb) § 40 ProdSG.....	139
c) §§ 95 ff. AMG.....	139
d) §§ 58 f. LFGB.....	141
e) § 40 ff. MPG.....	142
f) Straftatbestände nach dem ChemG.....	143
g) §§ 372 i.V.m. 370 AO.....	143
h) Vergleich der Tatbestände.....	144
10. Konkurrenzverhältnis.....	145
E. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Wirtschaftsakteure.....	147
I. Bestimmung des individuell strafrechtlich verantwortlichen Akteurs.....	147
II. Hersteller.....	149
III. Händler.....	151
IV. Importeur und Zulieferer.....	152
V. Betreiber von Handels- und Auktionsplattformen.....	153
1. Allgemeine Einordnung.....	153
2. Telemedienrechtliche Verantwortlichkeit nach den §§ 7 ff. TMG.....	156
a) §§ 7 ff. TMG als Verantwortlichkeitsnormen.....	156
b) Historischer Abriss der Providerprivilegierungen.....	158
c) Dogmatische Einordnung.....	159

d)	Anwendungsbereich.....	161
aa)	Sachlicher Anwendungsbereich	161
bb)	Persönlicher Anwendungsbereich.....	162
e)	Verantwortlichkeit für eigene Informationen (Content-Providing)	163
aa)	Eigene Informationen.....	164
bb)	Zueigenmachen von Informationen	165
(1)	Abgrenzung zwischen eigenen und zu eigen gemachten Informationen	165
(2)	Plattformbetreiber im Allgemeinen	166
(3)	Auktionsplattformbetreiber im Speziellen	166
(a)	Herrschende Meinung.....	167
(b)	Ansicht des LG Köln.....	168
(c)	Stellungnahme.....	168
f)	Verantwortlichkeit für fremde Informationen (Host-Providing).....	170
3.	Verantwortlichkeit der Intermediäre nach dem Strafrecht	172
a)	Grundsätzliche Überlegungen	172
b)	Abgrenzung zwischen Tun und Unterlassen	174
aa)	Bestimmung des strafrechtlichen Vorwurfs.....	174
bb)	Taugliche Anknüpfungspunkte und potentielle Handlungspflichten	175
cc)	§ 323c StGB als echtes Unterlassungsdelikt	176
dd)	Zwischenergebnis	177
c)	Bestehen einer Garantenstellung des Plattformbetreibers	178
aa)	Erfordernis einer Garantenstellung nach § 13 Abs. 1 StGB.....	178
bb)	Garantenstellung aus Gesetz.....	180
cc)	Garantenstellung aus Ingerenz.....	181
dd)	Garantenstellung wegen Gewährübernahme	183
ee)	Garantenstellung aus Verantwortlichkeit für eine Gefahrenquelle.....	184
(1)	Generelle Voraussetzungen	185
(2)	Gefahrenquelle Produkt	186
(3)	Gefahrenquelle Nutzer	187
(4)	Gefahrenquelle Plattform.....	187
(a)	Anknüpfungspunkte für Erfolgsabwendungspflichten	187
(b)	Erfordernis besonderer Umstände	188
(i)	Erfolgsabwendungspflicht wegen bloßer Sachherrschaft.....	188
(ii)	Vertrauen	189
(iii)	Rechtlich geschützter Herrschaftsbereich.....	191

(iv)	Gesteigerte Gefährlichkeit	192
(v)	Unmittelbarkeit der Gefahrenquelle	193
(c)	Ansicht von Popp	194
(d)	Stellungnahme	195
(5)	Zivilrechtliche Verkehrssicherungspflichten	198
(a)	Rückgriff auf Verkehrssicherungspflichten des Zivilrechts	198
(b)	Übertragbarkeit auf Strafrecht	199
(c)	Bewertung	201
ff)	Zwischenergebnis	204
d)	Pflichtwidrigkeitszusammenhang	205
e)	Möglichkeit und Zumutbarkeit	205
aa)	Die Möglichkeit der Nutzungsverhinderung	206
bb)	Die Zumutbarkeit der Nutzungsverhinderung	208
(1)	Bestimmung der Zumutbarkeit	208
(2)	Tangierte Rechtsgüter	211
(3)	Rettungschancen und Gefahrneigung	213
(4)	Wirtschaftliche Zumutbarkeit	214
(5)	Unverzögerlichkeit	216
(a)	Übernahme der Differenzierung der RAPEX-Leitlinien	216
(b)	§ 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG analog	217
(c)	Übernahme zivilrechtlicher Kriterien	218
(6)	Technische Filtermöglichkeiten	218
(a)	Eignung von technischen Filtern	218
(b)	Einsatz von Text- und Wortfiltern	219
(c)	Einsatz von Bilderkennungsprogrammen	220
(d)	Rückgriff auf externe Quellen	221
(7)	Das Erfordernis manueller Kontrollen	221
(8)	Verweis auf selbstständige Rechtsdurchsetzung	222
cc)	Konkrete Handlungspflichten	223
(1)	Maßstab und Grenzen	223
(2)	Proaktive anlasslose Prüfungspflichten	224
(3)	Reaktive anlassbezogene Prüfungspflichten	227
(a)	Konkrete Pflichten	227
(b)	Prüfung der Angebote desselben Nutzers	228
(c)	Prüfung der Angebote anderer Nutzer	229

(d)	Prüfung auf gleichartige Rechtsverletzungen	230
(4)	Handlungspflichten bei Verdachtsmomenten.....	230
(5)	Routinekontrollen.....	231
dd)	Zwischenergebnis	232
f)	Die Frage der Beteiligungsform	233
aa)	Abgrenzung Täterschaft und Teilnahme	233
(1)	Abgrenzungskriterien	233
(2)	Tatbestandsfilter	237
(3)	Wettbewerbsrechtliche Verkehrspflichten	238
(4)	Zwischenergebnis	239
bb)	Die Frage der Teilnahmehandlung	240
(1)	Anstiftung	240
(2)	Beihilfe.....	241
(a)	Voraussetzungen der Beihilfestrafbarkeit	241
(b)	Unterlassungsbeihilfe	241
(c)	Beihilfe durch neutrale Handlungen	243
(i)	„Neutrale“ Verhaltensweisen.....	243
(ii)	Extensive Theorien	244
(iii)	Subjektive Theorien.....	245
(iv)	Objektive Theorien.....	245
(v)	Theorie vom deliktischen Sinnbezug.....	246
(vi)	Stellungnahme.....	247
(3)	Zwischenergebnis	248
g)	Vorsatz.....	248
aa)	Vorsatz hinsichtlich der Haupttat.....	249
bb)	Vorsatz hinsichtlich der Hilfeleistung	250
cc)	Einfluss des TMG auf den Vorsatz	251
(1)	Kenntnis bei § 10 S. 1 Nr. 1 TMG.....	251
(2)	Theorie des Eventualvorsatzes	252
(3)	Theorie des direkten Vorsatzes	253
(4)	Stellungnahme.....	255
dd)	Bezugspunkt der Kenntnis.....	256
ee)	Bezugspunkt des Vorsatzes	257
ff)	Art und Weise der Kenntniserlangung	258
h)	Verantwortlichkeit nach „allgemeinen Gesetzen“, § 7 Abs. 3 S. 1 TMG	259

i) Zwischenergebnis.....	260
4. Ergebnis zum strafrechtlichen Rechtsgüterschutz.....	262
F. Lücken im strafrechtlichen Rechtsgüterschutz	263
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Unternehmen	263
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Intermediäre	265
III. Beschränkung der Produktgruppen	265
IV. Fehlende Kompetenz zur Schaffung supranationalen Strafrechts	265
V. Vollzugsdefizit	267
VI. Fazit	270
G. Strafrechtliche und strafprozessuale Probleme der grenzüberschreitenden Nutzung des Internets	271
I. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts	271
1. Territorialitätsprinzip, § 3 StGB.....	272
2. Tatort, § 9 StGB	272
a) Handlungsort, § 9 Abs. 1 Var. 1 StGB.....	272
b) Erfolgsort, § 9 Abs. 1 Var. 3 StGB	273
c) Bestimmung des Erfolgsorts bei abstrakten und grenzüberschreitenden Gefährungsdelikten im Internet.....	274
aa) Besonderheiten abstrakter Gefährungsdelikte	274
bb) Extensive Ansicht	275
cc) Restriktive und vermittelnde Ansichten	276
dd) Eigenständige Auslegung des Erfolgsbegriffs.....	277
ee) Bewertung.....	278
d) Unterlassungsort, § 9 Abs. 1 Var. 2 StGB	280
e) Ausschluss des deutschen Strafrechts durch das Herkunftslandprinzip des § 3 TMG	280
3. Problem des Tatorts bei Teilnahme	281
4. Zwischenergebnis.....	281
II. Strafverfolgung im Internet	281
1. Ermittlungsschwierigkeiten	282
a) Grenzüberschreitende Kriminalität mittels Internet	282
b) Anonymität des Internet.....	283
aa) Das Problem der Rückverfolgung und Identifizierung von Tätern.....	283
bb) IP-Adressen	283
c) Territorialitätsprinzip	284

d)	Mangelnde Mitwirkungsbereitschaft der Provider	284
e)	Netzwerkdurchsetzungsgesetz	286
f)	Fazit	286
2.	Virtuelle Streifenfahrt und Netzpatrouille	287
3.	ZaRD und andere Einrichtungen	288
4.	Schwerpunktstaatsanwaltschaften	289
5.	Bestandsdaten	289
6.	Zwischenergebnis	289
III.	Durchsetzung der Strafgewalt des Staates	290
IV.	Opportunitätsentscheidung nach § 153c StPO	290
V.	Das Problem der Verjährung	291
1.	Verfahrenshindernis	291
2.	Verjährung bei Rechtshilfe	292
a)	Ruhen der Verjährung nach § 78b Abs. 5 StGB	292
b)	Unterbrechung der Verjährung nach § 78c Abs. 1 S. 1 Nr. 12 StGB	293
c)	Übertragbarkeit auf die Konstellation der Rechtshilfe	294
VI.	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten	295
1.	Begriff der Rechtshilfe in Strafsachen	295
2.	Grundsätze	296
3.	Rechtsgrundlagen für die Rechtshilfe in Strafsachen	297
a)	Vielschichtigkeit der Rechtsquellen	297
b)	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)	297
c)	Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	298
d)	Europäisches Rechtshilfeübereinkommen (EU-RhÜbk)	298
4.	Sonstige Rechtshilfe	299
5.	Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten auf Strafverfolgungsebene	299
a)	Europol	300
b)	Eurojust	300
c)	Europäisches Justizielles Netz (EJN)	301
6.	Bilaterale Zusammenarbeit	302
7.	Gemeinsame Ermittlungsgruppen	303
8.	Praktische Probleme	303
9.	Fazit	304
H.	Zusammenfassung von Reformbedarf und Optimierungspotential	307

I.	Die Variable der Marktüberwachung.....	308
1.	Effektivität der Marktüberwachung	308
2.	Marktüberwachung im Internet	308
3.	Kooperation mit Intermediären.....	309
a)	Weiterleitung der RAPEX-Meldungen.....	310
b)	Unverbindliche Vereinbarungen.....	311
4.	Einheitliches Schnellwarn- und Informationssystem.....	312
II.	Die Variable des Strafrechts.....	312
1.	Reformvorschläge	313
a)	Landry.....	313
b)	Freund.....	314
c)	Gretenkordt	315
d)	Geerds.....	316
e)	Eichinger.....	316
f)	Putz	317
2.	Bewertung.....	318
3.	Eigener Vorschlag de lege ferenda	320
a)	Allgemeine Erwägungen	320
b)	Systematischer Standort und Bezeichnung	321
c)	Voraussetzungen tatbestandsmäßigen Verhaltens.....	321
aa)	Objektiv.....	321
(1)	Tatmittel.....	321
(2)	Tathandlung	323
(3)	Erlaubtes Risiko	324
bb)	Subjektiv.....	325
d)	Sonstiges	325
e)	In concreto	326
f)	Ordnungswidrigkeiten.....	327
4.	Gefahren des Einsatzes strafrechtlicher Mittel	328
5.	Vorteile des Einsatzes strafrechtlicher Mittel.....	329
a)	Allgemeine Aspekte	329
b)	Einziehung und erweiterte Einziehung von Taterträgen	330
c)	Berufsverbot	332
III.	Die Variable des Strafprozessrechts.....	333

IV. Die Variable der Effektivität der Strafverfolgung	336
1. Nationale Ebene	336
a) Konzentration der Strafverfolgung	336
b) Förderung der Spezialisierung	337
c) Ausreichende Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden	338
d) Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit	339
2. Supranationale Ebene	340
a) Europäisches Strafrecht	340
b) Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden	341
c) Rechtshilfe und polizeiliche Zusammenarbeit	342
d) Europäische Staatsanwaltschaft in Sachen Produktdelinquenz	342
e) Vorschlag von Lehle	345
f) „Task Force“ Produktkriminalität	345
V. Die Variable der Selbstkontrolle	346
VI. Die Variable der Regulierung von Onlineplattformen	346
VII. Die Variable des Verbraucherverhaltens	347
I. Schlussbetrachtung und Ausblick	349
Literaturverzeichnis	351